

DIE WEIMARER ERKLÄRUNG 2014

KRITISCH, MUTIG, GRÜN – KONSEQUENT FÜR DIE ZUKUNFT

„Werd ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch! Du bist so schön! Dann magst Du mich in Fesseln schlagen, dann will ich gern zugrunde gehn.“ (Faust 1, Johann Wolfgang von Goethe)

Die Regierung ist gebildet und der Bundestag kann endlich mit der Arbeit beginnen. Doch das neue Jahr ist politisch in dichten Nebel gehüllt. Niemand weiß, wofür die extra große Koalition ihre Kraft in den kommenden Jahren einsetzen will – außer den Kernwählerschaften der beiden Volksparteien Wahlgeschenke zu machen. Bestes Beispiel: Die große Koalition finanziert ein zwölf Milliarden Euro schweres Rentenpaket – für Bildung, Forschung und Betreuung, starke öffentliche Institutionen und eine leistungsfähige Infrastruktur werden aber gerade einmal 2,5 Milliarden Euro pro Jahr aufgebracht. Es droht sich mal wieder zu bewahrheiten, dass die schwersten politischen Fehler in den Zeiten guter Konjunktur gemacht werden – in Zeiten, in denen es besonders wichtig wäre über den Tag hinaus zu denken, statt tagespolitisch auf Sicht zu fahren.

Ohne einende programmatische Grundlage versinkt die große Koalition schon über den Jahreswechsel im internen Zwist – von Vorratsdatenspeicherung, über den Mindestlohn bis zur Rente. Und aus Bayerns CSU kommen fortlaufend rechtspopulistische Kampagnen wie die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder die Einführung einer PKW-Maut für Ausländer.

Vielen Menschen in Deutschland geht es heute gut – insbesondere im europäischen und internationalen Vergleich. Nach Umfragen blickt mehr als die Hälfte der Deutschen optimistisch ins neue Jahr. Merkel III. leistet sich angesichts dieser Lage den Luxus, die Herausforderungen unseres Landes, da wo es ihr und der eigenen Klientel unbequem wird, zu ignorieren. Die große Koalition verfällt in einen „Populismus der Mitte“: regiert wird unprogrammatisch und nach Stimmungslage. Die große Koalition regiert so wider die großen Modernisierungsbedarfe im Land und überlässt sie als Ballast zukünftigen Verantwortungsträgern.

Denn Deutschland ist jüngst im Internationalen Klimaschutzindex vom 8. auf den 19. Platz zurückgefallen – nicht, weil die anderen aufgeholt haben, sondern weil bei uns die CO₂ Emissionen durch einen Anstieg der Kohleverstromung wieder zunehmen. Alle Experten bestätigen massive Investitionsbedarfe in Deutschlands Zukunft – von zusätzlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung, über Investitionen in die energetische Gebäudesanierung bis hin zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Die sozialen Ungleichheiten in unserem Land bleiben groß – vielen Menschen droht der dauerhafte Ausschluss von gleichberechtigter Teilhabe, guter Bildung, Arbeit, öffentlichen Gütern und Wohlstand. Die Menschen vor allem im Süden Europas leiden unter der weiterhin andauernden Krise, von Europas Banken gehen weiterhin erhebliche Gefahren aus und an Europas Südgrenzen sterben Menschen auf der Flucht. Gerade die Regierung des wirtschaftlich stärksten europäischen Landes müsste sich diesen Herausforderungen stellen. Die große Koalition ist aber eine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners. Sie bedeutet das Gegenteil von Aufbruch: Stillstand, Bewahrung des Status quo, die Hände werden rautenförmig in den Schoß gelegt.

Wir Grüne setzen auf den Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihren Weitblick und ihre Bereitschaft für Veränderungen. Wir setzen auf diejenigen Menschen und Unternehmen, die unter Wandel nicht Bedrohung sondern Chance verstehen. Wir setzen auf diejenigen, die nicht die notwendigen langfristigen Strukturänderungen opfern um des kurzfristigen ökonomischen Vorteils wegen. Wir stehen an der Seite all derer, die wissen, dass sich vieles

ändern muss, dass wir für eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die nicht unseren Planeten zerstört, für mehr Gerechtigkeit und für ein selbstbestimmtes Leben aller noch viel tun müssen.

Unsere Aufgabe zu Zeiten einer Status-quo fixierten Regierung ist es, realistische Wege zu einer ökologischeren, gerechteren und freien Gesellschaft zu beschreiben und für sie zu werben. Deshalb wollen wir uns in diesem Jahr für folgende Themen mit besonderer Kraft einsetzen: Die konsequente Umsetzung der Energiewende, vor allem auch zum Schutz unseres Klimas, sowie die umfassende Verwirklichung der Digitalen Bürgerrechte. Wo wir Regierungsverantwortung in den Ländern tragen, setzen wir diese Wege schrittweise um. Wir Grüne machen konsequent Politik für die Zukunft.

OPPOSITION IM BUNDESTAG – DAVID GEGEN GOLIATH

Die neue Regierung hat im Bundestag eine riesige Mehrheit. Aber einen Regierungsstil nach Gutsherrenart lässt unsere Verfassung nicht zu. Oppositionsrechte werden nicht von der Regierung gewährt, sondern sind grundgesetzlich garantiert. Wir werden mit allen demokratischen Mitteln verhindern, dass elementare demokratische Prinzipien wie das der Rede und Gegenrede, das Recht der Minderheit zur Einrichtung von Untersuchungsausschüssen, zur Durchsetzung von Anhörungen oder der Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen von der großen Koalition geschliffen werden.

Unsere Aufgabe besteht darin, für notwendige Veränderungen zu werben und zu begeistern. Damit durchzudringen wird nicht einfach – auch weil der politische Diskurs stärker als in der Vergangenheit außerhalb des Parlaments bestimmt wird. Wir brauchen Kreativität und Geduld, um Gehör zu finden – ohne als konstruktive Opposition an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Unsere Ansprechpartner sind die, die auch Verantwortung für die demokratische Zivilgesellschaft tragen – in Bürgerinitiativen und Stadtteilzentren, in Unternehmen und in Bürgergenossenschaften, an Hochschulen und in Kindergärten. Wir wollen Anwälte all derer sein, die selbst kein Stimmrecht haben oder die sonst kaum gehört werden: Kinder und Jugendliche, Menschen in Deutschland ohne deutschen Pass, materiell oder sozial Abhängige, Natur und Umwelt. Unser Anliegen ist, Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Bewegungen, Initiativen und Gruppen zu sein, die unser Land gerechter, nachhaltiger und moderner machen wollen und diese zu stärken. Das bedeutet mehr Beteiligung, mehr Mitentscheidung zum Beispiel durch Volksentscheide, mehr direkte Demokratie für alle Bürgerinnen und Bürger. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir nach Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit suchen. Da kommen wir her und da kennen wir uns aus. Aus Fehlern der Vergangenheit wollen wir lernen und unsere Demokratie im Zusammenspiel mit einer engagierten Zivilgesellschaft transparenter gestalten und durch neue, direktdemokratische Beteiligungsformen und Zugangsrechte vitalisieren. Es muss uns gelingen, im Dickicht der Fakten und Einzelinstrumente klar erkennbar zu sein, entschlossen unsere Ziele zu fokussieren und klare Botschaften zu finden. Vor allem aber soll deutlich zu erkennen sein, dass wir die Alternative zum „Populismus der Mitte“ sind.

ÖKOLOGIE

Der neue Bericht des IPCC führt uns drastisch vor Augen, dass die Welt in die Klimakatastrophe rauschen wird, wenn nicht bald etwas geschieht. Schon heute häufen sich Taifune, Überschwemmungen und Dürren. Doch die herrschende Politik verfällt in eine immer tiefere Lähmung. Während viele UnternehmerInnen, TüftlerInnen, WissenschaftlerInnen und Beschäftigte schon längst viele gute neue Lösungen und Ideen für die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft entwickelt haben, bemühen einige ewig gestrige Verbände und Politiker immer öfter den alten Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie statt die progressiven Kräfte in Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken. Ambitionierte Klimaschutzpolitik, eine konsequente und zügige Energiewende, ehrgeizige ökologische Leitplanken werden zunehmend wieder als wettbewerbs- und arbeitsplatzschädlich dargestellt. Die große Koalition bedient diesen alten Zeitgeist statt die Chancen des Wandels zu ergreifen und seinen Akteuren Wege zu ebnen. Die ökologische Modernisierung taucht im Koalitionsvertrag überhaupt nicht auf. Die Energiewende soll ausgebremst werden. Eine Verkehrswende hin zu einer nachhaltigen Mobilität findet nicht statt,

stattdessen will die große Koalition eine Flatrate-PKW-Maut einführen und damit Vielfahrer belohnen. Von Agrarwende, Ökolandbau und einem Ende der tierquälerischen und umweltbelastenden Massentierhaltung will die große Koalition nichts wissen. Im Gegenteil: Bei den Verhandlungen zur Freihandelszone EU-USA droht der Ausverkauf von Umwelt- und Verbraucherschutzwerten wie dem Vorsorgeprinzip oder einer gentechnikfreien Landwirtschaft.

Wir Grüne im Bundestag sehen es als unsere Kernaufgabe, realistische Alternativen zu einer solchen Politik des Zauderns vorzulegen. Ökologie und Umweltschutz verstehen wir als eine Aufgabe, die die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, der Produktion, des Verkehrs und der Landwirtschaft umfasst – eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Es ist an uns, hier greifbare politische Alternativen aufzuzeigen. Es ist an uns, Initiativen für langfristig stabiles und verträgliches Wirtschaften weiter zu entwickeln, das die Lebensqualität, die Gesundheit und den Wohlstand der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Es ist an uns deutlich zu machen, welche Vorteile und auch ökonomische Chancen eine Politik zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen eröffnet. Und es ist an uns, dafür Partner zu werben, auch und gerade in der Industrie und der Wirtschaft. Wir werden in diesem Jahr einen Arbeits- und Dialogprozess starten mit dem Ziel im Austausch mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein umfassendes ökologisches Transformationskonzept zu entwickeln.

FREIHEIT

Wir Grüne sind die einzige Kraft für Liberalismus und Bürgerrechte im Bundestag. Angesichts der großkoalitionären Sicherheitsdoktrin und bedrohter Privatsphäre wollen wir diese Rolle lautstark wahrnehmen. Sicherheit steht im Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Wir stellen uns entgegen, wenn aufgrund von Fehlverhalten Einzelner der Ruf nach umfassender Einschränkung der Freiheit aller ertönt. Das gilt sowohl für die Innen- als auch für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. So verteidigen wir zum Beispiel das europäische Grundrecht der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber dem Populismus der CSU. Wir Bündnisgrüne entstammen vielfältiger emanzipatorischer Bürgerbewegungen, aber wir haben es Neoliberalen in der Vergangenheit zu einfach gemacht, einen verkürzten Begriff von Freiheit als Marktradikalismus und Egoismus zu setzen.

Wir stehen für einen emanzipatorischen Freiheitsbegriff und eine umfassende Bürgerrechtspolitik für das 21. Jahrhundert: Es ging und es geht uns um entschiedene Verteidigung der Grundrechte, um soziale Bürgerrechte, um Selbstbestimmung und Emanzipation, um Inklusion, Vielfalt, Toleranz, Beteiligung und Transparenz.

Die fortlaufenden Enthüllungen der NSA-Affäre zeigen, wie dringend notwendig eine laute Kraft gegen Überwachung und für Bürgerrechte im Deutschen Bundestag ist. Die große Koalition wird weder den Willen noch die Konsequenz zur lückenlosen Aufklärung aufbringen. Unsere Fraktion wird dieser millionenfachen Grundrechtsverletzung mit allem Engagement entgegentreten und bringt deshalb einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf den Weg.

Aber auch sonst tut die große Koalition wenig, um allen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Viele Eltern haben nach wie vor nur begrenzte Möglichkeiten, ihr Leben mit Kindern entsprechend ihren Vorstellungen zu gestalten. Die notwendige Reform der Familienförderung bleibt aus. Weder die materielle Absicherung von Familien, noch Anzahl und Qualität der Kita-Plätze oder Arbeitszeiten orientieren sich an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern. Der Zugang zu Bildung und Kultur und damit die Chance, das eigene Leben in die Hand nehmen zu können, hängen für junge Menschen weiterhin vom familiären Hintergrund ab. Gegen den Ausschluss fast eines Fünftels der Gesellschaft von elementaren Teilhaberechten tut die große Koalition nichts genauso wenig wie für eine Erneuerung demokratischer Teilhabe für alle.

Wir wollen aber auch grundsätzlich über Selbstbestimmung, die Voraussetzungen von Freiheit, ihre Bedrohungen und Gefährdungen diskutieren. „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.“ Wenn wir ehrlich sind, haben wir den ersten Satz des Grünen Grundsatzprogramms in den vergangenen Jahren nicht widerspruchsfrei aufgelöst. Wir werden dazu im ersten Halbjahr 2014 einen großen Freiheitskongress veranstalten, wo wir uns sowohl mit dem Wert und dem Erhalt individueller Freiheit beschäftigen wer-

den, als auch mit Antworten auf die Herausforderungen, die das Digitale Zeitalter an Privatheit, Bürgerrechte und Verbraucherschutz stellt und schließlich den grünen programmatischen Schnittstellen von ökologischem Imperativ und Freiheit. Es bleibt als Aufgabe neu zu klären, was ökologische Notwendigkeiten und eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und Chancen für die individuelle Freiheit bedeuten. Wir müssen Regeln, die verlässliche sozial-ökologische Leitplanken definieren, besser abgrenzen gegenüber einer Überregulierung, die Innovation be- oder verhindert und die Legitimation von sinnvoller Regulierung schwächt. Wir Grüne wollen uns der Frage stellen, wo wir in der Vergangenheit mit Ge- und Verboten zu weit gegangen sind und wo wir richtiges ökologisches und soziales Verhalten erzwingen wollten statt es zu fördern und zu stärken.

GERECHTIGKEIT

Der grüne Gerechtigkeitsbegriff unterscheidet sich von dem rein materialistischen Verständnis der anderen Fraktionen durch seine Vielschichtigkeit – zwischen den Generationen, und den Geschlechtern, zwischen Chancengerechtigkeit und Verteilungsfragen. Weder Ökologie noch Freiheit sind ohne Gerechtigkeit denkbar. Wer den ökologischen Umbau so konsequent vorantreiben will wie wir, der muss auch Antworten auf die Verunsicherungen und Ängste geben, die solche Transformationsprozesse auslösen. Wer über selbstbestimmtes Leben redet, der muss auch die sehr ungleiche Verteilung von Chancen, von Teilhabe an Arbeit, Bildung und Einkommen an Zugängen zur Freiheit zur Sprache bringen. Und der muss gute öffentliche Institutionen schaffen und diese in Bund, Ländern und Kommunen auch angemessen finanzieren. Und wir Grüne sehen Gerechtigkeit nicht nur als einen Wert innerhalb der engen Landesgrenzen, sondern bemühen uns auch um Gerechtigkeit im globalen Rahmen. Deswegen streiten wir weiter für einen sozialen Ausgleich in der Krisenpolitik der Europäischen Union, für eine weitere Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, prangern weiter Ausbeutung wie in den Textilfabriken in Kambodscha und Bangladesch an und setzen uns ein für Flüchtlinge, die bei uns nach einer besseren Zukunft suchen und dafür ihr Leben auf der Flucht riskieren.

Die große Koalition wird so manches „klassische“ Gerechtigkeits Thema angehen, wie den Mindestlohn. Dieses überfällige Projekt werden wir Grüne konstruktiv-kritisch begleiten und zugleich falschen Kompromissen, zum Beispiel zu Lasten der Ostdeutschen klar entgegentreten.

Doch insgesamt tut die große Koalition zu wenig für Gerechtigkeit. Es profitieren vor allem ausgewählte Wählergruppen, nicht aber die Schwächsten unserer Gesellschaft. Einige Rentnerinnen und Rentner werden finanziell von den angekündigten Rentenreformen profitieren – zu mehr Gerechtigkeit tragen diese Pläne aber nicht bei. Es gewinnen vor allem diejenigen, die ohnehin gut abgesichert sind. Geringverdienern, denen Altersarmut droht, wird nicht geholfen. Zudem werden die Lasten einseitig den BeitragszahlerInnen aufgebürdet und die Nachhaltigkeit der Rentenfinanzierung untergraben. Auch fehlt für Gesundheit und Pflege weiterhin eine solidarische, gerechte und nachhaltige Finanzierung sowie Versorgung.

Auch darüber hinaus hat die Politik der großen Koalition eine massive Schlagseite: gegen Kinderarmut tut sie ebenso wenig wie für die sozial Ausgeschlossenen. Es bleibt beim inhumanen Umgang mit Flüchtlingen und illegal in Deutschland lebenden Menschen. Die Absage an den ökologischen Wandel ist auch eine Absage an die Lebensmöglichkeiten unserer Kinder und Enkel: Chancengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit fallen hinten runter.

Wir sehen unsere Aufgabe in den kommenden vier Jahren gerade darin, Gerechtigkeit für jene einzufordern, die nicht das Privileg haben, im Fokus der beiden Volksparteien zu stehen.

EUROPA ZUSAMMENHALTEN UND ERNEUERN

Mit den Europawahlen im Mai rückt die Diskussion über die Zukunft des europäischen Projekts in den Mittelpunkt. Die Wahlen finden unter den Zeichen der schwersten ökonomischen Krise Europas seit Jahrzehnten statt.

Die Euro-Krise war und ist die größte Herausforderung der Europäischen Union dieser Zeit. Wir Grüne sind von Anfang an – gegenüber einer zögernden und zaudernden schwarz-gelben Bundesregierung – dafür eingetreten, den Krisenstaaten zu unterstützen. Die Rettungsmaßnahmen der Europäischen Union, die wir unterstützt haben, haben ein Auseinanderbrechen des Euros verhindert. Es ist gut, dass viele Staaten in 2014 auf eine wirtschaftliche Erholung und die Rückkehr von Wirtschaftswachstum hoffen können.

Doch die soziale Lage in den Krisenstaaten bleibt dramatisch und wurde durch eine überzogene Sparpolitik, die auch durch die deutsche Bundesregierung forciert wurde, weiter verschärft.

Auch mit der Großen Koalition bleiben die notwendigen Korrekturen am Krisenmanagement aus: bei der Bankenunion steht Deutschland weiter auf der Bremse, notwendige Zukunftsinvestitionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit im Süden Europas bleiben ebenso aus wie eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten. SPD und CDU haben offenkundig vereinbart bis zur Europawahl stillzuhalten und zu sagen, dass die Krise vorbei sei. Diese Strategie ist gefährlich, sie kann die Europäische Union nachhaltig gefährden. Denn jetzt wäre es an der Zeit Entscheidungen zu treffen, die die aufkeimende Stabilität in Europa untermauern und die schlimmsten Auswirkungen der Krise bekämpfen.

Wir werden das Europäische Projekt gegen den anschwellenden Rechtspopulismus ebenso verteidigen wie gegen die Versuche der Renationalisierung. Und wir werden deutlich machen, dass Europa sich ändern muss. Wir Grüne wollen ein solidarischeres, demokratischeres, nachhaltigeres und menschlicheres Europa. Europa muss wieder globaler Vorreiter für Klimaschutz und die Energiewende werden. Die EU darf sich nicht abschotten und das Mittelmeer kein Friedhof werden. Und wir wollen Europa im Angesicht des NSA-Skandals zum Standardsetzer für Bürgerrechte und Datenschutz machen.

SCHWERPUNKTE UNSERER POLITISCHEN ARBEIT

1. Die Energiewende wieder in Fahrt bringen!

Die Energiewende ist eine grüne Erfolgsgeschichte und ihre Fortführung die größte Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre. Der konsequente Umstieg auf erneuerbare Energien verbindet Klimaschutz mit großen Chancen für Innovationen, neuen Arbeitsplätzen und langfristig stabilen und bezahlbaren Energiepreisen.

Doch die letzte große Koalition und anschließende vier Jahre schwarz-gelbes Missmanagement haben die Energiewende zurückgeworfen. Die CO₂-Emissionen in Deutschland steigen, die Energieeffizienz kommt nicht voran, die Finanzierung der Energiewende wird immer einseitiger auf Privathaushalte, Handwerk und kleine und mittelständische Unternehmen verlagert und beim Netzausbau herrscht Chaos.

Für den weiteren konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, für mehr Energieeffizienz und für ambitionierten Klimaschutz ist der Koalitionsvertrag keine Grundlage. Statt einem Klimaschutzgesetz gibt es ein Erneuerbaren-Ausbremsgesetz. Das Ausbautempo soll gesetzlich faktisch halbiert werden. Der Windkraftausbau im Süden wird sogar ganz erledigt. Für klimaschädliche Kohlekraftwerke soll es dagegen neue Subventionen geben, während die Bundesregierung die Reparatur des Europäischen Emissionshandels ablehnt.

Die Energiewende braucht einen Neustart – am besten in einem breiten gesellschaftlichen Konsens, der Investitions- und Planungssicherheit schafft und Deutschland wieder zu einem verlässlichen Vorreiter der Klimaschutz macht. Wir werden auch aus der Opposition an dieser Gestaltungsaufgabe aktiv mitwirken. Das ist unser Angebot an die große Koalition.

Dabei gelten für uns klare Prinzipien: Die Energiewende muss dem Klimaschutz dienen, deshalb muss der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter forciert werden. Klimaschädliche Kohlekraftwerke müssen dagegen schrittweise abgeschaltet werden, auch durch die Einführung von Mindestwirkungsgraden und Schadstoffgrenzwerten. Die Energiewende muss von und mit Bürgerinnen und Bürger vorangetrieben werden und nicht für die Konzerne. Die Finanzierung der Energiewende muss gerecht sein – die völlig ausgeuferte Befreiung von Unternehmen von der Umlage muss zurückgefahren werden. Wir diskutieren darüber hinaus, ob die Entwicklungskosten der Er-

neuerbaren Energien, die einen relevanten Teil der derzeitigen Umlage ausmachen, aus der Umlage herausgenommen und anders finanziert werden sollten, wie es das IASS vorgeschlagen hat.

Wir werden als nächsten Schritt gemeinsam mit den grünen Energieministern der Länder einen grünen Reformvorschlag für das EEG vorlegen. Und wir werden für die Energiewende, wie wir sie meinen, ein breites gesellschaftliches Bündnis organisieren.

2. Bürgerrechte schützen – Transparenz herstellen – Datenschutz modernisieren!

Angesichts des Überwachungsskandals insbesondere durch US-amerikanische und britische Geheimdienste, aber auch angesichts der Beteiligung zumindest des deutschen Bundesnachrichtendienstes, besteht ein erheblicher Aufklärungsbedarf. Die Freiheit von Kommunikation vor Überwachung zählt zu den unauflösbaren Grundlagen unserer rechtsstaatlichen Demokratie. Eine systematische parlamentarische Untersuchung der Überwachungs- und Geheimdienst-Affäre durch einen Untersuchungsausschuss ist unabdingbar. Das Ausspionieren von Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Verwaltung und Wirtschaft muss sofort beendet werden. Wir fordern eine grundlegend einhegende Reform der Aufgaben und Befugnisse der Geheimdienste sowie eine verbesserte Kontrolle – auch vor dem Hintergrund des NSU-Skandals.

Im Dezember hat der EU-Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) dargelegt, dass die geltende Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gegen EU-Grundrechte verstößt. Im Gegensatz zur großen Koalition lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab: Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ohne hinreichenden Anlass unter Generalverdacht gestellt werden.

Systematische Ausspähung, Massen-Datenanalyse (Big Data) und statistische Bewertungen (Scoring) bedrohen grundlegend die Freiheit und die Würde des Einzelnen. Der Datenschutz muss zu einer allgemeinen Regulierung des Umgangs mit Informationen und Daten hin modernisiert werden. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen nachverfolgen können, wo personenbeziehbare Daten über sie gespeichert und verarbeitet werden, müssen deren Weitergabe unterbinden und die Löschung veranlassen können. Das ist bereits rechtlich verankert, muss aber für neue Bereiche der Informationsverarbeitung laufend weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass Daten nur dann genutzt werden können, wenn der Speicherung und Verarbeitung durch die Betroffenen zuvor ausdrücklich aktiv zugestimmt wurde.

Datenschutz ist nicht nur ein Thema der Geheimdienste. Auch bei immer mehr Alltagsgeschäften vom online-Einkauf bis zu Finanzdienstleistungen werden Daten durch Unternehmen erhoben beziehungsweise vorhandene Daten genutzt. Es braucht neue innovative Ansätze zum Schutz der Menschen, die der zunehmenden Allgegenwart der Datenverarbeitung Rechnung tragen. Wir bekräftigen unsere Forderung nach gesetzlichen Vorgaben für die von unabhängiger Stelle zu vergebenden Datenschutz-Gütesiegel. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung eingesetzte „Stiftung Datenschutz“ wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Dringenden Handlungsbedarf sehen wir auch beim Datenschutz von Beschäftigten. In Betrieben herrscht oftmals Willkür, E-Mails werden mitgelesen, das Surfverhalten beobachtet. Wir fordern klare Regeln und Rechtssicherheit für die Beschäftigten

Der Datenschutz wird auch im europäischen Kontext eine große Rolle spielen. Die Bundesregierung hat die geplante umfassende Reform des EU-Datenschutzrechtes in den vergangenen Jahren bewusst hintertrieben. Die Reform ist unverzichtbar, um Datenschutz auch gegenüber den marktbeherrschenden Unternehmen aus Drittstaaten zu erhöhen und den Grundrechtsschutz zum Beispiel in Sozialen Netzwerken zu verbessern. Wir wollen außerdem erreichen, dass auch auf andere anlasslose und massenhafte Datenspeicherungen, wie beispielsweise die Speicherung von Banktransfer- oder Fluggastdaten, verzichtet wird.